

1. Umsetzung Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte in Baden-Württemberg“

1.1 Wollen Sie dafür sorgen, dass der 2015 verabschiedete Aktionsplan auch weiterhin seine Wirkung entfalten kann und in der neuen Legislaturperiode eine gesicherte und langfristige Finanzierung bekommt?

→ Für uns Grüne ist und bleibt die Gleichstellung von LSBTTIQ-Menschen ein wichtiges politisches Anliegen. So hat sich unsere Landtagsfraktion kontinuierlich und engagiert in die Erstellung des Aktionsplans „Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“ eingebracht. Selbstverständlich werden wir uns auch in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass die durch den Aktionsplan initiierten und begonnenen Maßnahmen weitergeführt und entsprechend finanziell ausgestattet werden. Wir sind davon überzeugt: Es ist ein Gewinn für die ganze Gesellschaft, wenn alle Menschen in Baden-Württemberg selbstbestimmt und frei von Diskriminierung leben können.

1.2 Werden Sie sich in der zukünftigen Landesregierung dafür einsetzen, dass der Austausch zwischen der Landesregierung Baden-Württemberg, Vertretungen des Netzwerks, LSBTTIQ-Baden-Württemberg und anderen Akteur*innen fortgesetzt wird, um den Dialog über weitere Maßnahmen zur Gleichstellung von LSBTTIQ fortzuführen?

→ Wir Grüne setzen auf Dialog und Zusammenarbeit. Deshalb werden wir uns selbstverständlich auch in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass der Austausch zwischen der Landesregierung, dem Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg und weiteren Akteur*innen fortgesetzt wird. Darauf haben wir schon bei der Erarbeitung des Aktionsplans großen Wert gelegt und das ist uns natürlich auch im Zuge seiner Umsetzung und Weiterentwicklung sehr wichtig.

2. LSBTTIQ Flüchtlinge

2.1 Wollen Sie sich in Baden-Württemberg dafür stark machen, dass es für „besonders schutzbedürftige“ Flüchtlinge bspw. Alleinerziehende Frauen, Kinder, LSBTTIQ Menschen, Menschen mit Handicap u.a.) gesonderte Unterkünfte und gezielte Unterstützungsangebote gibt?

→ Das enge räumliche Zusammenleben in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften gewährleistet nur eine eingeschränkte Intim- und Privatsphäre. Diese Situation kann das Auftreten von Konflikten begünstigen und auch Gelegenheitsstrukturen für Gewalt bieten. Insbesondere Kinder, Jugendliche, LSBTTIQ Menschen, Frauen, Schwangere und gebrechliche Menschen haben einen spezifischen Schutz- und Unterstützungsbedarf. Sie vor Diskriminierung und Gewalt zu schützen, muss Aufgabe von Gewaltschutzkonzepten sein. Darüber hinaus sind Mindeststandards für die Unterbringung erforderlich. Notwendig sind Unterkünfte oder zumindest Räume, in denen besonders schutzbedürftige Flüchtlinge gesondert untergebracht werden können. Auch sollten kultursensible Informationsangebote in zielgruppenspezifischer Ausgestaltung vorhanden sein, die über konkrete Hilfeangebote informieren. Zur Sicherung der Rechte von Flüchtlingen und bei Beschwerden in persönlichen Angelegenheiten ist die Ombudsstelle für die Flüchtlingerstaufnahme in Baden-Württemberg als wichtige Anlaufstelle zu stärken. Auf Initiative unserer Landtagsfraktion hat sich im Januar 2016 ein Runder Tisch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Vertreter*innen von Ministerien, dem zuständigen Regierungspräsidium und dem Leiter einer Erstaufnahmeeinrichtung zusammengefunden. Hierbei wurden bereits erste Handlungsfelder sowie konkrete

Maßnahmen besprochen. So ist zum beispielsweise ein Gespräch mit allen vier Regierungspräsidien geplant, um für die besondere Situation beispielsweise von LSBTTIQ-Flüchtlingen zu sensibilisieren und die Einrichtung von Interventionswohnungen anzusprechen. Daran wollen wir anknüpfen und weiterarbeiten.

2.2 Werden Sie sich dafür stark machen, dass Organisationen der Flüchtlingshilfe durch Seminare und Fortbildungen stärker für das Thema „Queere Flüchtlinge“ sensibilisiert werden und lokale Unterstützungs- und Beratungsprojekte etabliert werden?

→ Wir Grüne werden uns weiterhin dafür stark machen, dass ein besonderes Beratungsangebot und eine entsprechende Beratungsstruktur aufgebaut werden. Wir erachten es als sinnvoll, wenn Angebote der LSBTTIQ-Community beispielsweise in die Flüchtlingshilfe integriert werden.

3. Schule als Ort für Respekt und Vielfalt

3.1 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Bildungsplan weiterentwickelt wird und auch in Grundschulen der Bereich Vielfalt von Geschlecht und sexueller Orientierung stärker thematisiert wird?

→ Wir Grüne haben uns von Anfang an für die Reform des Bildungsplans und die Verankerung der eigenständigen Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ stark gemacht. Gerade queere Jugendliche stehen unter großem Druck und haben oft Angst vor einem Coming-Out. An Schulen sind sie immer noch Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt, was sich beispielsweise in einer deutlich erhöhten Quote von Schulabbrüchen niederschlägt. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, dass die Schüler*innen dafür sensibilisiert werden, Diskriminierungen von Menschen nicht teilnahmslos zu akzeptieren oder hinzunehmen. Uns geht es darum, Schülern*innen Respekt zu vermitteln sowie die gegenseitige Achtung und Wertschätzung von Verschiedenheit zu fördern. Die Schule als ein Ort der Vielfalt und der Akzeptanz soll es jungen Menschen ermöglichen, die eigene Identität zu finden und sich frei von jeglicher Diskriminierung und Vorurteilen zu artikulieren. Die Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ wird in den Bildungsplänen aller Schularten verankert und von der ersten Klasse bis zum Abschluss in unterschiedlichen Fächern und dem Alter der Schüler*innen angemessen unterrichtet werden. Auf Grundlage des neuen Bildungsplans wollen wir in Zukunft erreichen, dass bei der Lehrer*innenbildung, beim Lehrmaterial und im Schulalltag die Vielfalt der Lebensformen angemessen berücksichtigt wird.

3.2 Welche Strategien/Ansätze haben sie, um pädagogisches Personal bei der Umsetzung des Bildungsplans zu unterstützen und zu gewährleisten, dass die Vielfalt von Lebens- und Familienformen auch in Schulen und Kitas sichtbar wird?

→ Bei der Weiterentwicklung der Bildungspläne ist uns Grünen die Beteiligung und Einbindung der Öffentlichkeit und insbesondere auch der Lehrer*innen ein wichtiges Anliegen. Den Schulen und Lehrkräften steht bereits vor dem Inkrafttreten der neuen Bildungspläne ein umfassendes und differenziertes Unterstützungssystem für eine nachhaltige Einführung zur Verfügung. Die Angebote, wie z. B. Fortbildungsbausteine, werden so entwickelt, dass sie zum Bedarf des Schul- und Unterrichtsentwicklungsprozesses der Schulen passen und die Implementierung begleiten.

4. LSBTTIQ in Schulen stärken

4.1 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es eine gesicherte Finanzierung von LSBTTIQ-Beratungs- und Unterstützungsprojekten in Baden-Württemberg gibt und diese Beratungsangebote gerade im ländlichen Raum ausgebaut werden?

→ Wir Grüne halten Beratungs- und Unterstützungsprojekte von LSBTTIQ an Schulen für sehr wichtig und werden uns daher dafür einsetzen, dass diese ausreichend finanziert werden. Wichtig erscheint uns in diesem Zusammenhang insbesondere die Sensibilisierung der Schulsozialarbeit für diese Themen.

5. Familienvielfalt in Baden-Württemberg – Regenbogenfamilien

5.1 Die Stärkung und Vernetzung von Regenbogenfamilien und solchen, die es werden wollen, steckt in Baden-Württemberg noch in den Kinderschuhen. Wollen Sie entsprechende Netzwerke und Initiativen dabei unterstützen hier eine stärkere Vernetzung untereinander zu erreichen? Wenn ja, wie?

→ Für uns Grüne ist Familie dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Unser Familienbegriff ist so vielfältig wie unsere Gesellschaft. Familienfreundliche Politik unterstützt Familien in allen Formen und Modellen ihres Zusammenlebens. Dies betrifft Alleinerziehende ebenso wie Patchwork- und Regenbogenfamilien, Adoptiv- wie Pflegefamilien und natürlich auch Vater-Mutter-Kind-Familien. Wir GRÜNE schreiben den Menschen in Baden-Württemberg kein Familienmodell vor, sondern setzen Rahmenbedingungen, die alle Familien stark machen. Deshalb werden wir uns auch weiterhin für eine stärkere Vernetzung und Unterstützung von Regenbogenfamilien engagieren. Mit dem Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“ und den beiden mit Landesmitteln geförderten Stellen (Geschäftsstelle des Netzwerks LSBTTIQ Baden-Württemberg und Beratungsstelle für LSBTTIQ) wird sich auch die Vernetzung der Regenbogenfamilien verbessern. Seit 2013 ist der LSVD Mitglied im Landesfamilienrat, was wir sehr begrüßen. Im letzten Jahr fand der zweite Regenbogenfamiliientag in Stuttgart statt. Solche Angebote halten wir für sehr wichtig, um die öffentliche Wahrnehmung und Sichtbarkeit von Regenbogenfamilien weiter zu verbessern.

5.2 Wollen Sie sich dafür stark machen, dass Regenbogenfamilien in Verwaltung, Jugendämtern und Schulen Anerkennung erfahren und gleichberechtigt neben anderen Familienformen wahrgenommen werden? Wenn ja, welche Maßnahmen schlagen Sie vor?

→ Ja, dafür werden wir uns einsetzen. Mit der Umsetzung und Weiterentwicklung des Aktionsplans „Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“ setzen wir gerade auch in dieser Hinsicht wichtige Impulse – in Ämtern, Ministerien und Verwaltungen muss Aufklärung, Information und Sensibilisierung für Regenbogenfamilien und ihre Belange stattfinden.

6. Homophobe und transphobe Hasskriminalität effektiv bekämpfen

6.1 Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass Delikte, die sich gegen sexuelle Selbstbestimmung und Vielfalt der Opfer richten, in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfasst werden?

→ Die Polizei und die Strafverfolgungsbehörden müssen hinsichtlich der Diskriminierung und der Rechtsverletzungen gegenüber LSBTTIQ-Menschen sensibilisiert werden. Deshalb haben wir uns im Rahmen der Erarbeitung des Aktionsplans dafür eingesetzt, dass die Belange von LSBTTIQ-Menschen in die Aus- und Fortbildung und in die Führungskräftebildungen der Polizei aufgenommen werden. Wir werden nun darauf achten, dass entsprechende Maßnahmen umgesetzt werden.

Die explizite Benennung von Delikten, die gegen die sexuelle Selbstbestimmung oder die sexuelle Identität der Opfer gerichtet sind, begrüßen wir, da dadurch das Ausmaß dieser Delikte deutlich und öffentlich wird. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Richtlinien der Polizeilichen Kriminalstatistik dahingehend überprüft werden, dass Straftaten aufgrund von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als solche erfasst werden. Es ist wichtig, dass die Anzahl dieser Straftaten transparent wird, damit in der Folge entsprechende Präventionsmaßnahmen konzipiert und durchgeführt werden können. Damit die Straftaten tatsächlich als solche erkannt und erfasst werden können, ist weiterhin Sensibilisierung innerhalb der Polizei und der Strafverfolgungsbehörden notwendig.

7. Kirchen

7.1 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Angebote von Kirchen und kirchennahe Institutionen, die Homosexualität als Krankheit diffamieren und Heilungen versprechen, staatlich sanktioniert werden? Wenn ja, welche Vorschläge haben Sie dazu?

→ Wir beobachten es mit großer Sorge, dass religiös fundamentalistische Gruppen zunehmend sogenannte „Therapien“ propagieren, um Homosexuelle von ihrer Homosexualität zu "heilen". Die Propagierung dieser Angebote dient evangelikalen, katholisch-fundamentalistischen und islamistischen Gruppen zur Rechtfertigung ihrer ablehnenden Haltung gegenüber Homosexualität. In Deutschland bieten verschiedene Organisationen diese Behandlungen an, obwohl die schädlichen Effekte wissenschaftlich nachgewiesen sind. Zu diesen zählen neben Ängsten u.a. soziale Isolation, Depressionen und eine erhöhte Selbstmordrate. Die Grüne Bundestagsfraktion hat am 20. März 2013 einen Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht, der sogenannte "Konversionstherapien" für Minderjährige unter Strafe stellen soll.

8. Baden-Württemberg steht für Vielfalt in der Bundesrepublik

8.1 Wollen Sie sich auf Bundesebene für die Öffnung der Ehe für Menschen des gleichen Geschlechts einsetzen?

→ Mit einer grün-geführten Landesregierung ist Baden-Württemberg auch im Bundesrat eine starke Stimme für Akzeptanz und gleiche Rechte: Auf Initiative von Baden-Württemberg wurde im Juni 2015 die Bundesratsinitiative „Ehe für Alle“ beschlossen. Homosexuelle Partner*innenschaften sollen mit der Ehe gleichgestellt werden – inklusiv des vollen gemeinschaftlichen Adoptionsrechts für gleichgeschlechtliche Paare. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Ehe für Alle und das volle Adoptionsrecht für Lesben und Schwule endlich verwirklicht wird.

8.2 Werden Sie sich im Bundesrat für die Ergänzung den Art. 3 GG um das Merkmal der „sexuellen Identität“ einsetzen?

→ Durch die Aufnahme der sexuellen Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes wollen wir Grüne ein Gleichbehandlungsgebot, das die sexuelle Orientierung einschließt, in der Verfassung verankern. Dafür werden wir uns auf Bundesebene weiter stark machen.

9. Baden-Württemberg International

9.1. Beabsichtigen Sie, dass Thema LSBTTIQ auch in den Arbeitsbereich des Ministerpostens für den Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten zu etablieren und es als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen der bestehenden internationalen Beziehungen mitzudenken? Wenn ja, welche konkreten Vorschläge haben Sie dazu?

Wie wollen Sie zukünftig mit Partnerstädten/-gemeinden von Baden-Württemberg und/oder seiner Kommunen umgehen, die offen gegen Homosexuelle hetzen und Menschen kriminalisieren, die gleichgeschlechtlich lieben?

→ Wir Grüne treten für eine konsequente Menschenrechtspolitik ein. Dazu zählt selbstverständlich auch der Einsatz für die Rechte von LSBTTIQ-Menschen. Denn Menschenrechte sind universell, unteilbar und bedingen einander. Wir wollen das Engagement für Akzeptanz und gleiche Rechte auf allen politischen Ebenen fördern und begreifen dies als Querschnittsaufgabe.

Das Land Baden-Württemberg transportiert das Anliegen, Akzeptanz gegenüber Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Identitäten und sexuellen Orientierungen zu fördern, in allen Politikfeldern und auf allen politischen Ebenen. Wir beziehen auch international Stellung: Bereits 2013 hat sich der Europaausschuss des Landtags von Baden-Württemberg beispielsweise in einem Brief gegen verschärfende Gesetze zur „Homosexuellen Propaganda“ in Moldawien gewandt. Für uns wäre es selbstverständlich, Vertreter*innen von Kommunen – seien es baden-württembergische oder Partnerkommunen - auf homo- und transphobe Tendenzen und Diskriminierungen anzusprechen.

10. Baden-Württemberg und die Städte und Gemeinden

10.1. Wie wollen Sie sicherstellen, dass die getroffenen Maßnahmen zur Aufklärung, Prävention und Fortbildung in den Städten und Gemeinden Baden-Württembergs ankommt?

→ Die Maßnahmen des Aktionsplans haben ganz unterschiedliche Adressat*innen und sind auf verschiedene Bereiche ausgerichtet. Je nach Maßnahme werden selbstverständlich die relevanten Kommunen oder kommunalen Verbände angesprochen und einbezogen. Beispielsweise bezieht die Landesregierung zur besseren Inklusion in die bestehende Jugendarbeit den Kommunalverband für Jugend und Soziales ein, welcher wiederum die Stadt- und Landkreise anspricht. Generell besteht ein kontinuierlicher Austausch zwischen unserer Fraktion und den Kommunalen Landesverbänden, bei dem natürlich auch die Belange von LSBTTIQ-Menschen von uns thematisiert werden.

11. Homo- und Transphobie im Sport

11.1 Wollen Sie zukünftig Informations- und Aufklärungskampagnen unterstützen, die Homo- und Transphobie im Sport die Rote Karte zeigen? Wenn ja, welche konkreten Vorschläge haben Sie?

→ Gewalt, Diskriminierung, Rechtsextremismus und Ausgrenzung dürfen im Sport ebenso wenig wie in anderen Bereichen der Gesellschaft geduldet werden. Deshalb zeigen wir

Fragen von CSD und LSVD

Homophobie und Transphobie im Sport die Rote Karte. In Stuttgart, wie auch in vielen anderen Städten, wurden und werden Fanclubs gegründet, die neben Gewalt auch Homo- und Transphobie thematisieren. Es ist ein erklärtes Ziel des Aktionsplans „Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“, dass die Kooperationspartner*innen mit wichtigen Akteur*innen des Sports in Dialog treten, um Maßnahmen des Aktionsplans zu implementieren und fortzuentwickeln. Dies werden wir weiterhin nach Kräften unterstützen.